

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 1

Artikel: Die Schweiz und die Entwicklungsländer
Autor: Peter, Hans-Balz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz und die Entwicklungsländer

Zusammenfassender Bericht über die erste Session der Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt», 30. Oktober bis 1. November 1970 in Bern.

Nicht fromme Harmonie, sondern grundsätzliche Auseinandersetzung kennzeichnete die erste Session der interkonfessionellen Konferenz «Schweiz und Dritte Welt». Wenn sie vielleicht manchem Konferenzteilnehmer zu hart scheinen mochte, so hat sich doch die *Konfrontation der Meinungen* im ganzen positiv auf den Verlauf der Verhandlungen ausgewirkt. Sie wurde vor allem durch eine aktive Jugendfraktion herbeigeführt, die sich etwa unter dem Stichwort «Emanzipation» zu Solidaritätsbezeugungen mit dem wirtschaftlichen und politischen Befreiungskampf der Dritten Welt zusammenschloss und so die «weniger Progressiven» herauszufordern vermochte.

Die Existenz einer «Dritten Welt» sei an sich schon eine Herausforderung, sagte der Präsident der Konferenz, alt Bundesrat Willy Spühler, in seiner Eröffnungsansprache; wenn wir von der Dritten Welt und von unserem Verhältnis zu ihr sprechen, so könne das nicht anders als in der Herausforderung geschehen.

1. Erwartungen

Das Ziel der Konferenz, zu der die drei grossen christlichen Kirchen in- und ausländische Vertreter der Wissenschaft, aus Industrie- und Bankkreisen, aus den Kirchen und Missionen sowie aus Politik und Verwaltung eingeladen hatten, wurde von Prof. K. Stalder umrissen. Die Kirchen hätten lange und oft genug von Schöpfung und Erlösung, von der Liebe Gottes zu den Menschen geredet und die Berufung zum Dienst an Gott und den Menschen verkündet, ohne die Verantwortung für das äussere Dasein der in ihrer Existenz bedrohten Menschen zu tragen. Wenn es nun offenbar werde, dass die gestellten Entwicklungsprobleme nicht mit herkömmlicher Liebestätigkeit zu bewältigen seien, sondern unter Berücksichtigung der mannigfaltigen Verflechtungen nur durch wirtschaftliche, finanz- und handelspolitische Massnahmen, das heisst wesentlich mit staatlichen Entscheidungen, so können die Kirchen diesen Fragen und Aufgaben nicht ausweichen.

Es gehe an dieser Konferenz nicht nur um eine Information der Kirchen zur besseren Gestaltung ihrer Entwicklungshilfe, sondern darum, die Prozesse der Meinungsbildung und der Entscheidung in unserer Bevölkerung und in den staatlichen Institutionen zu beschleunigen. Die Konferenz soll als Plattform dienen für ein sachliches Gespräch der verschie-

denen Interessengruppen, für eine Konfrontation der Meinungen und Haltungen. Dazu war die erste Session für das Sammeln von Information und Einsichten sowie für eine Bestandesaufnahme der Konfliktpunkte vorgesehen. In der zweiten Session soll versucht werden, aus diesen Erfahrungen in freiem Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Schlussfolgerungen für eine Strategie schweizerischer Entwicklungspolitik zu erarbeiten. Dabei erwarten die Kirchen Beratung für die Grundlagen ihres Handelns in der Entwicklungspolitik.

2. Ein schwacher Punkt der Schweiz: Finanzhilfe

Ein grosser Teil der ersten Session war den Referaten von internationalen Fachleuten gewidmet; nur wenige Punkte können daraus erwähnt werden. Als erster sprach Botschafter *Martin*, Präsident des Entwicklungshilfe-Komitees (DAC) der OECD. Er strich insbesondere die bekannte Tatsache heraus, dass die Schweiz im internationalen Vergleich, gemessen an ihrem Reichtum, einen äusserst bescheidenen (um nicht zu sagen: beschämenden) öffentlichen Beitrag an die Entwicklungshilfe gewährt. Die oft gerühmten Leistungen der Privatwirtschaft (die nicht Hilfe sind) bilden für die Entwicklungsländer eine ganz unsichere Basis für ihre Wachstumsbemühungen, schwanken sie doch von Jahr zu Jahr stark, entsprechend den in- und ausländischen Konjunkturbewegungen. Die staatlichen Finanzmittel der Schweiz zählen, gemessen am Sozialprodukt, zu den kleinsten, die ein Industriestaat den Entwicklungsländern zur Verfügung stellt; sie betrugen 1969 lediglich 0,16 Prozent des Bruttosozialprodukts. (Nur der Ansatz Österreichs war noch kleiner, derjenige Italiens gleich gross, wobei es sich um wirtschaftlich ärmere Länder handelt.)

Es gibt in den Entwicklungsländern eine Reihe von Aufgaben, für die keine privatwirtschaftlichen Mittel erhältlich sind; erwähnt seien nur das Erziehungs- und Bildungswesen, Strassen und Eisenbahnen, kurz: die Infrastruktur. Diese Einrichtungen sind sogar eine Vorbedingung dafür, dass überhaupt Privatinvestitionen in die Entwicklungsländer fliessen. Der zweite Redner, Direktor *Lütolf* vom Schweizerischen Bankverein, schlug als Nahziel bescheiden vor, die schweizerischen öffentlichen Mittel für die Entwicklungshilfe bis 1975 auf 0,36 Prozent des Bruttosozialproduktes zu erhöhen, ein Ansatz, der dem heutigen Durchschnitt der DAC-Länder entspricht. Die Schweiz würde zwar im Vergleich mit anderen Staaten nicht mehr so schlecht dastehen, jedoch ist fraglich, ob dieser willkürlich gewählte Satz von 0,36 Prozent die wirklichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt. Mit dieser und mit anderen Thesen setzte sich der Redner etlicher Kritik aus.

3. Änderung der Wirtschaftsstrukturen unumgänglich

Neben den Finanzfragen bildeten die Handelspolitik sowie die soziokulturellen Probleme (inklusive technische Hilfe) weitere zentrale The-

menkreise der Konferenz. Die an die Vorträge anschliessenden «Panels» glichen leider eher einer Folge vorbereiteter Kurzreferate, denn spontanen Auseinandersetzungen in der Gesprächsrunde.

Einen eindrucksvollen Höhepunkt der Konferenz bildete das Referat von Raul *Prebisch*, ehemaliger UNCTAD-Generalsekretär und gegenwärtiger Berater von U Thant. Seine Ausführungen griffen über die Grenzen der abgeschlossenen Themen hinaus und vermochten einen Begriff von der komplexen Totalität der ganzen Entwicklungsproblematik zu vermitteln. Vor allem betonte er die unabdingbare Notwendigkeit von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturveränderungen in der Dritten Welt und in den internationalen Beziehungen; er wies auf die Wichtigkeit von Landreformen als Voraussetzung für die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung insbesondere in Lateinamerika hin.

Darüber hinaus wirkte das persönliche Erscheinen Prebischs, die in ihm verkörperte Erfahrung eines Pioniers der Entwicklungspolitik auf die Konferenz in dem Sinne günstig, als die sich im Laufe der Verhandlungen bildenden Gruppen der «progressiven» Jugendfraktion und der «konservativen» Vertreter aus Wirtschaft und Politik, die sich weitgehend polarisiert hatten, wieder zum Gespräch auf das gemeinsame Ziel hin zusammengeführt wurden.

4. Internationaler Handel: Schweizerische Zollpolitik herausgefordert

Über die entwicklungspolitischen Forderungen auf dem Gebiet der Handelspolitik orientierte Fürsprech *Eckenstein*. Mit Genugtuung wurde dabei zur Kenntnis genommen, dass sich der Bund für die Gewährung allgemeiner, nicht diskriminatorischer Zollpräferenzen an die Entwicklungsländer bereit erklärt hat, wobei die verschiedenen Vorbehalte und Einschränkungen auf unterschiedliche Kritik stiessen. Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Arbeit von R. *Strahm*, die als Vorbereitungspapier der Konferenz herausgegeben wurde. Darin wird nachgewiesen, dass die schweizerische Zollpolitik die Importe aus Entwicklungsländern strukturell benachteiligt. Vor allem werden durch die ausgeprägte Mehrbelastung von verarbeiteten Produkten gegenüber den Rohstoffen die Importe dieser Waren stark erschwert und, wegen der hohen effektiven Zollbelastung von Fertigungswaren, der Aufbau einer industriellen Basis in der Dritten Welt entschieden behindert.

5. Mensch und Entwicklung

Zum Thema «sozio-kulturelle Fragen» wurden ausgezeichnete Referate gehalten von F. *Cosmao* (Frankreich), A. *Vanistendael* (Belgien) und Bola *Ige* (Nigeria) zu einer Reihe von Problemen, die hier nicht weiter ausgeführt werden können. Im Vordergrund stand die Frage nach dem Ziel der Entwicklung, das als Entfaltung des ganzen Menschen und aller

Menschen verstanden wurde. Besonders von Vertretern aus der Dritten Welt wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Entwicklungshilfe oft nur auf den Menschen in einseitig sektoraler Beziehung, das heisst nur hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Tätigkeit oder seiner technischen Ausbildung, ausgerichtet ist und nicht den Menschen im Rahmen seiner Kultur als Ganzheit berücksichtigt. Es wurde deutlich, dass nicht mit Wirtschafts- und Kapitalhilfe allein – obwohl erwiesenermassen der Bedarf in diesem Bereich ausserordentlich gross ist – eine auf den ganzen Menschen zielende Entwicklungshilfe geleistet werden kann. Erziehung und Bildung sind ebenso wichtige Faktoren der Entwicklung, die sorgfältig auf die sozialen und kulturellen Gegebenheiten in den verschiedenen Entwicklungsländern abgestimmt werden müssen; dies wurde besonders im Hinblick auf die «Technische Zusammenarbeit» (ein irreführender Begriff, wird damit doch weit mehr als das «Technische» angestrebt) mit Nachdruck festgehalten.

Es zeigte sich, dass die Öffentlichkeit wenig über diese sozialen und kulturellen Zusammenhänge weiss. Allgemein kam zum Ausdruck, die *Information* der schweizerischen Bevölkerung sei ungenügend. In einer Studie des Instituts für Journalistik an der Universität Freiburg, die von der Konferenz in Auftrag gegeben wurde und als Vorbereitungsdokument erschien, wird festgestellt, dass eine Auswahl der wichtigsten Tageszeitungen während einer sechswöchigen Untersuchungsperiode zwar 25 bis 29 Prozent ihres Auslandteils Berichten und Ereignissen in der Dritten Welt widmeten, dass aber zwei Drittel dieser Berichte sich ausschliesslich mit kriegesischen Ereignissen und Konflikten (Vietnam/Laos, Nigeria/Biafra) befassten und lediglich ein Drittel davon, das heisst weniger als 10 Prozent des Auslandteils oder weniger als 3 Prozent des Textteils wirtschaftliche, sozio-kulturelle oder politische Probleme der Entwicklungsländer betrafen – obwohl rund zwei Drittel der Menschheit in der Dritten Welt leben.

6. «Sonderfall Schweiz»?

Während die Panels, die jeweils der Vertiefung des in den Referaten gebotenen Stoffes dienen sollten, allgemein nicht befriedigten, bot sich am dritten Konferenztag in den Gruppendiskussionen Gelegenheit zu nützlichen Gesprächen. In allen drei Gruppen (für sozio-kulturelle Probleme, für Handelspolitik und für Entwicklungsfinanzierung) wurde die gebotene Information gesichtet und ergänzt, um daraus im Hinblick auf die zweite Konferenzsession einen Katalog konkreter und für die schweizerische Entwicklungspolitik relevanter Fragen aufzustellen.

Ein spezielles Problem soll noch herausgegriffen werden. Die im internationalen Vergleich äusserst geringe öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz wird oft durch das Argument des «Sonderfalles Schweiz» gerechtfertigt. Auch in seiner jüngsten Stellungnahme zur UNO-Strategie

für das zweite Entwicklungsjahrzehnt greift der Bundesrat auf diese Sonderfallideologie zurück. Dabei wird betont, dass bekanntlich die öffentlichen Mittel in der Schweiz allgemein in geringerem Umfang zur Lösung bestimmter Aufgaben herangezogen werden, als dies in anderen Ländern der Fall sei; daraus wird die Berechtigung abgeleitet, dass der Anteil der öffentlichen Hilfe an den Entwicklungsleistungen in der Schweiz nur halb so gross ist wie im Durchschnitt der OECD-Länder. Der Hinweis, dafür seien die Leistungen der Privatwirtschaft (vor allem Kredite für Exportgeschäfte und Direktinvestitionen) um so grösser, ist ein fadenscheiniges Argument, denn gerade für die dringendsten Infrastrukturaufgaben der ärmsten Länder stehen keine privaten Finanzmittel zur Verfügung. Der Mangel an öffentlichen Mitteln wird durch die privaten Leistungen in keiner Weise aufgewogen.

Aber auch die Behauptung, die Schweiz würde für die Finanzierung bestimmter Ausgaben in geringerem Umfang öffentliche Mittel einsetzen als andere Länder, ist nicht haltbar. Auch in der Schweiz werden bestimmte öffentliche Aufgaben vollumfänglich aus staatlichen Mitteln finanziert. Es sei nur an den Nationalstrassenbau erinnert; ebenso werden die Eisenbahnen (inklusive die sogenannten Privatbahnen) fast ausschliesslich von der öffentlichen Hand getragen. Würde die *Entwicklungspolitik*, wie es bei Nationalstrassen der Fall ist, zur *nationalen Aufgabe* erklärt und als solche anerkannt, bestünde kein in der besonderen Struktur beziehungsweise im sogenannten liberalen Verhältnis von Staat und Wirtschaft liegender Grund mehr, die Ausgaben für die Entwicklungspolitik zum grössten Teil aus Staatsmitteln zu leisten. Ob der Anteil der öffentlichen Hilfe gross oder klein sein soll, ist somit keine Frage unserer besonderen Staatsstruktur, sondern allein eine Frage des politischen Entscheides, der auf gutem Willen und der Einsicht in die Sachnotwendigkeit beruhen muss. Das Scheinargument des «Sonderfalles Schweiz» kann mit gutem Gewissen oder mit Berechtigung nicht mehr verwendet werden.

Die erste Session der Konferenz «Schweiz und Dritte Welt» hinterlässt, trotz einigen methodischen Mängeln, insgesamt einen guten Eindruck. Für die zweite Session ist zu hoffen, dass durch die Arbeit in kleineren Gruppen vermehrt auf die wirklichen Kernfragen und auf kontroverse Punkte eingegangen werden kann. In diesen Gruppen sollte es möglich sein, die vorgetragenen Meinungen sowohl sachlich wie nach ihren Motiven gründlich zu prüfen. Zum Schluss bleibt die Hoffnung, dass die Konferenz zu den dringlichsten Fragen dieser weltbewegenden Problematik konkrete Antworten im Blick auf ein Konzept der schweizerischen Entwicklungspolitik finden werde.